

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Uneinigkeit im Umgang mit der Balkan-Krise erkennt **Jannle Sakellariou MdEP** in der Politik der Koalition: Kinkel contra Schäuble.

Seite 1

### Dokumentation

Eine Analyse der Ergebnisse der Bundestagswahl wurde im Erich-Ollenhauer-Haus erarbeitet. Auszüge

Seite 2

49. Jahrgang / 229

1. Dezember 1994

### Kinkel contra Schäuble

Uneinigkeit in der Koalition im Umgang mit der Balkan-Krise

Von Jannis Sakellariou MdEP

Außenpolitischer Sprecher der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament

Während sich beim deutschen Außenminister Kinkel langsam die Einsicht in die Realität durchsetzt, glaubt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Schäuble immer noch, der Konflikt im früheren Jugoslawien könnte durch ein mehr oder weniger an Waffen auf der einen oder anderen Seite gelöst werden.

Offensichtlich sind sich die die Bundesregierung tragenden Parteien hinsichtlich der "richtigen" Politik gegenüber dem Brandherd auf dem Balkan nicht einig.

Grundsätzlich auffällig dabei ist: Die Rolle des Militärs bei der Lösung der Balkankrise nimmt mit dem Grad der Kenntnis darüber ab. Anders formuliert: Je weniger einer darüber weiß, umso lauter ertönt der Ruf nach militärischer Lösung.

Insgesamt erfreulich aber ist, daß Kinkel sich mehr und mehr der Position der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament annähert.

Wir haben uns seit Monaten fast durchgehend gegen militärische Lösungen ausgesprochen - nicht aus einem falsch verstandenen Pazifismus heraus, sondern aus der Einsicht in die komplizierten Zusammenhänge im ehemaligen Jugoslawien.

(-/1. Dezember 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vertriebspartner  
des Sozialdemokratischen  
Pressedienstes



## DOKUMENTATION

### Analyse der Bundestagswahl

Im Erich-Ollenhauer-Haus wurde eine Detail-Analyse der Ergebnisse der Bundestagswahl erarbeitet. Wir dokumentieren Auszüge.

#### 1. Stimmungsentwicklung der letzten zwei Jahre

Anfang 1993 lag die SPD in den Umfragen deutlich vor den Unions-Parteien. Diese Stimmung ging einher mit einer pessimistischen Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung. Viele Wählerinnen und Wähler waren zum ersten Mal unmittelbar mit Arbeitslosigkeit konfrontiert - wenn nicht selbst, so doch im Familien- oder Bekanntenkreis. Dies führte zu einer starken Verunsicherung in Bezug auf die eigene wirtschaftliche und soziale Zukunft. Von dieser Stimmungslage profitierte die SPD, sie lag sogar auf dem für sie problematischen Feld der Wirtschaftskompetenz knapp vor der Union - allerdings auf einem niedrigen Niveau. Dies zeigt schon, daß der Vorsprung nicht zu sehr darauf basierte, daß die Wählerinnen und Wähler wesentlich mehr Vertrauen in die Kompetenz der SPD hatten, sondern der Vorsprung resultierte in erster Linie aus dem Vertrauensverlust der Union.

Durch die Führungskrise der Partei und den Rücktritt des damaligen Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten verspielte die SPD diesen Vorsprung und lag im Frühjahr 1993 wieder deutlich hinter der Union bei 33 bis 34 Prozent.

Durch die in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik zum ersten Mal durchgeführte Mitgliederbefragung und die anschließende Wahl Rudolf Scharpings zum neuen Parteivorsitzenden gelang es der SPD unerwartet schnell, aus diesem Tief herauszukommen und ab Sommer 1993 in den Umfragen wieder die Führung zu übernehmen. Gleichzeitig wurde der allgemeinen Politikverdrossenheit durch die offensive Aktion der SPD die Spitze gebrochen.

Eine Stimmungstrendwende zeichnete sich seit Februar/März 1994 ab - mit einer kurzen Unterbrechung durch die Niedersachsenwahl, die aber weder von der bundesdeutschen Stimmungslage geprägt war noch sie dauerhaft beeinflussen konnte. Seit diesem Zeitpunkt verlor die SPD kontinuierlich an Stimmen bis zum Tiefpunkt bei der Europawahl 1994. Dieser Stimmungsumschwung kam fast ausschließlich der Union zugute, im Osten teilweise auch der PDS. Erst nach der Sommerpause, mit Beginn der heißen Wahlkampfphase, hat sich die SPD stabilisieren und wieder zulegen können.

Anhand der Zeitreihe der Umfragen läßt sich nachweisen: der entscheidende Punkt für den Stimmungsumschwung war die zunehmende optimistische Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung. Dieser Großtrend wurde begünstigt durch Fehler und Schwächen der SPD in dieser Phase.

Exakt zu der Zeit als der Abstieg der SPD und der Aufstieg der Union begann, zeichnete sich eine deutlich verbesserte Einschätzung der wirtschaftlichen Situation und vor allem die Erwartung eines wirtschaftlichen Aufschwungs ab. Diese Erwartung nahm seit diesem Zeitpunkt stetig zu und gleichzeitig verlor die SPD die vorübergehend errungene Führung bei der Wirtschaftskompetenz zuerst im Westen und dann im Osten.

Es gab wieder das vertraute Bild: die SPD wurde in sozialen Fragen, die Union in Wirtschafts- und Finanzfragen als die kompetentere Partei angesehen (siehe Kompetenzvergleich von Anfang und Mitte des Jahres).

## Themenbezogene Kompetenzen der Parteien

West	SPD		CDU/ CSU		Ost	SPD		CDU/ CSU	
	2 94	6 94	2 94	6 94		2 94	6 94	2 94	6 94
Monat	2	6	2	6	2	6	2	6	
Jahr	94	94	94	94	94	94	94	94	
Neue Arbeitsplätze schaffen	35	35	29	35	39	32	16	31	
Den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern	30	30	36	43	32	23	31	46	
Die Wirtschaft wieder in Schwung bringen	33	32	32	39	35	27	25	40	
Die Finanzen des Staates in Ordnung bringen	29	30	25	32	32	26	20	33	
Bezahlbare Wohnungen schaffen	42	43	17	24	48	42	9	17	
Die Bürger vor Kriminalität und Verbrechen schützen	24	25	28	34	23	27	15	25	
Für eine moderne Verwaltung sorgen	32	28	24	29	25	25	19	30	
Für soziale Sicherheit sorgen	48	44	21	27	47	39	11	21	
Die Umwelt schützen	19	19	14	19	15	12	5	12	
Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern	38	34	22	25	38	29	12	20	
Eine vernünftige Außenpolitik betreiben	31	31	33	36	36	28	23	30	

Quelle: polls

In Westdeutschland hatte die SPD im Gegensatz zu 1987 und 1990 kein Mobilisierungsdefizit ihrer Anhängerschaft zu beklagen. Waren vor Beginn der eigentlichen Wahlkampagne Mitte August die SPD-Anhänger noch deutlich unsicherer hinsichtlich ihres Wahlentscheids als die CDU/CSU-Anhänger (53 Prozent der SPD-Anhänger waren "ganz sicher", 60 Prozent der Unions-Anhänger), so war kurz vor Abschluß der Kampagne Anfang Oktober dieses Defizit behoben: 59 Prozent der SPD-Anhänger und 57 Prozent der Unions-Anhänger waren nun "ganz sicher".

In den neuen Ländern dagegen war die Situation der SPD unter Mobilisierungsaspekten sehr problematisch. Im Vergleich zu den anderen Parteien (mit Ausnahme der FDP) waren ihre Anhänger Mitte/Ende September am wenigsten motiviert.

Ob und für wen sich das "PDS-Thema" stimmenmäßig ausgezahlt hat, ist in der Wahlforschung umstritten. Unsere Untersuchungen haben ergeben, daß die Kampagne selber auf breite Ablehnung stieß, daß ein großer Teil der Wählerschaft auch die Motive durchschaute - daß aber dennoch durch die Kampagne Verunsicherung über die Absichten der SPD entstand und diese ständig unter Druck gesetzt wurde, deutlich zu machen, was sie nicht wollte. Damit hatte die Union zwei Ziele erreicht: Zum einen war die SPD während der Sommermonate in die Defensive geraten. Zum anderen verdrängte die Diskussion über die PDS jede Debatte über inhaltliche Themen.

Mit ihrem Schwerpunktthema "Soziale Gerechtigkeit" und dem Herausstellen ihrer personellen Alternative ist es der SPD insbesondere in der heißen Wahlkampfphase gelungen, ihre eigene traditionelle Anhängerschaft zu mobilisieren (wie die Ergebnisse in den Hochburgen und dabei den Arbeiterhaushalten zeigen).

Dieses traditionelle Profil der SPD reicht aber nicht aus, um darüber hinaus in anderen Wählerschichten Resonanz zu finden. Überspitzt gesagt: in dem Wahlkampf hat die SPD das mit ihrem traditionellen Profil ansprechbare Wählerpotential fast optimal ausgeschöpft. Um mehr zu erreichen, muß sie die Themen stärker in den Vordergrund rücken, die Aufschluß geben über ein sozialdemokratisches Projekt der Moderne. Diese Themen hat sie vor Jahren selber mitinitiiert, aber in den letzten Jahren vernachlässigt: Effektivierung statt Ausdehnung staatlicher Leistungen, Zukunft der Arbeit, Umbau statt Abbau des Sozialstaates, Demographischer Wandel und gesellschaftspolitische Konsequenzen, Konzept einer gesteuerten Zuwanderungspolitik, Ökologischer Umbau.

**2. Wahlergebnis Deutschland gesamt**  
(Zweitstimmen in Prozent)

	Bundestagswahl		
	1990	1994	Veränderungen
Wahlbeteiligung	77,8	79,0	+ 1,2
CDU	36,7	34,2	- 2,5
CSU	7,1	7,3	+ 0,2
insgesamt CDU/CSU	43,8	41,5	- 2,3
SPD	33,5	36,4	+ 2,9
FDP	11,0	6,9	- 4,1
B'90/Grüne	5,0	7,3	+ 2,3
PDS	2,4	4,4	+ 2,0
Rep	2,1	1,9	- 0,2
Sonstige	2,2	1,6	- 0,8

Quelle: Statistisches Bundesamt (endgültiges Wahlergebnis)

Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1994 lag mit 79,0 Prozent um 1,2 Prozentpunkte höher als 1990. Dies ist - mit Ausnahme von 1949 - die zweitniedrigste Beteiligungsrate.

Die Nichtwähler(innen) stellen damit die drittstärkste Gruppe. Bezieht man die Anteile nicht auf die abgegebenen Stimmen, sondern auf die Zahl der Wahlberechtigten, ergeben sich folgende Anteile.

CDU	26,6 Prozent
CSU	5,7 Prozent

insgesamt CDU/CSU	32,3 Prozent
SPD	28,4 Prozent
Nichtwähler(innen)	20,9 Prozent
Bündnis 90/Grüne	5,7 Prozent
FDP	5,4 Prozent
PDS	3,4 Prozent
Rep	1,4 Prozent

Auf das Bundestagswahlergebnis bezogen gibt es noch keine ausführlichen Nichtwähleranalysen.

Aus unserer Nichtwähleruntersuchung vor zwei Jahren wissen wir allerdings, daß die Kategorie "Nichtwähler" insofern irreführend ist, als es sehr unterschiedliche Beweggründe gibt, warum Wahlberechtigte nicht wählen gehen.

So gibt es zum Beispiel einen Motivkreis "Verdrossenheit und aggressive Apathie", in dem sich eine starke Entfremdung zum politischen System ausdrückt. Dieser Bodensatz für Wahlenthaltung ist einer politischen Ansprache kaum zugänglich.

Dagegen gibt es andere Motivmuster wie zum Beispiel basisdemokratische Opposition, Satiertheit, Desinteresse, radikaler Individualismus, die über Dialogangebote, Teilhaberangebote oder auch rein situativ ansprechbar sind.

So hat zum Beispiel eine "individualistische" Haltung zugenommen, die Teilnahme an Wahlen nicht mehr als demokratische Norm begreift, sondern sie an "Kosten/Nutzen"-Gesichtspunkten orientiert: man geht nicht zur Wahl, wenn sie einem "persönlich nichts bringt". Kommt man zu dem Schluß, daß es sich für einen persönlich lohnt, dann geht man auch zur Wahl. Wählen ist unter diesem Aspekt mit einem individuellem Kaufentscheid gleichzusetzen, den man trifft oder - mangels Interesse am Produkt - auch unterläßt. Appelle an "demokratische Bürgerpflicht" lösen hier nur Verständnislosigkeit aus.

Die Bereitschaft zur Wahlenthaltung ist nach unseren Befunden nicht mehr nur in erster Linie bei den Unterschichten und Modernisierungsverlierern zu finden, sondern sie erfaßt zunehmend die soziale Mitte unserer Gesellschaft. Wir haben es hier nicht nur mit Motiven zu tun, die Ausdruck von Verdrossenheit sind - vielmehr sind dies auch Motive (zum Beispiel Individualismus), die Ausdruck eines gesellschaftlichen Wertewandels sind und die nur schwer kurzfristig zu beeinflussen sind.

Die großen Parteien haben besser abgeschnitten, als ihnen vor zwei Jahren noch vorausgesagt wurde. Die prognostizierte Aufsplitterung der Parteienlandschaft auf Bundesebene hat nicht stattgefunden: die beiden Volksparteien haben sich stabilisiert - allerdings auf einem niedrigeren Niveau als in der Zeit zwischen 1965 und Ende der 80er Jahre.

Die SPD hat mit 36,4 Prozent ein Ergebnis erzielt, das um 2,9 Prozentpunkte höher liegt als 1990. Damit hat sie auch den größten Zuwachs aller Parteien zu verzeichnen.

Bündnis 90/Grüne verbessern sich von fünf Prozent (1,2 Prozent Bündnis 90/Grüne und 3,8 Prozent Grüne) auf 7,3 Prozent.

Die CDU/CSU geht von 43,8 Prozent auf 41,5 Prozent zurück.

Die größten Verluste verzeichnet die FDP (-4,1 Prozent), die nur noch 6,9 Prozent gegenüber elf Prozent 1990 erhielt.

Die PDS erreicht 4,4 Prozent, zieht aber über die vier direkt gewonnenen Mandate in den Bundestag ein.

Auf die Republikaner entfallen 1,9 Prozent (1990: 2,1 Prozent).

Das Potential für Wahlerfolge rechtsextremer Gruppen ist weiterhin vorhanden. Wahlaussichten haben die Rechtsparteien insbesondere dann, wenn Themen wie "Zuwanderung" oder "innere Sicherheit" im Mittelpunkt einer emotionalisierten politischen Konfrontation stehen.

Betrachtet man die Ergebnisse getrennt nach alten und neuen Bundesländern, ergibt sich folgende Entwicklung:

In Westdeutschland verbessert sich die SPD von 35,9 auf 37,6 Prozent. In den neuen Ländern (ohne Berlin) erhielt sie 31,3 Prozent, 7,7 Prozentpunkte mehr als 1990.

In Westdeutschland verschlechtern sich CDU/CSU von 44,1 auf 42,2 Prozent. Die Verluste gehen allein auf das Konto der CDU. Die CSU konnte sich sogar leicht verbessern. In Ostdeutschland verliert die CDU 3,1 Prozentpunkte und liegt nun bei 40,3 Prozent.

Die FDP verliert in Westdeutschland 2,9 Prozentpunkte und erreicht 7,7 Prozent. In Ostdeutschland büßt sie 9,7 Prozentpunkte ein und fällt auf 3,7 Prozent. Sie verfügt dort nicht mehr über einen nennenswerten parlamentarischen Mittel- und Unterbau in den Ländern und Kommunen.

Die Grünen verbessern sich in Westdeutschland um 3,1 Prozentpunkte auf 7,8 Prozent. In Ostdeutschland verfehlen sie das Ergebnis von Bündnis 90/Grüne aus dem Jahre 1990 um 1,9 Prozentpunkte und landen bei 4,1 Prozent.

Die PDS steigert sich in Westdeutschland von 0,3 Prozent auf 0,9 Prozent. In Ostdeutschland steigert sie sich von 9,9 Prozent auf 18,3 Prozent (ohne Berlin).

Die Ost-West-Spaltung der politischen Kultur dauert an, was vom Trend unterschiedlicher Wahlbeteiligung (- 1,8 Prozent auf 73,7 Prozent im Osten und + 2,25 Prozent auf 80,8 Prozent

im Westen) bis hin zu einem Dreiparteiensystem in Ostdeutschland mit PDS, aber ohne Bündnisgrüne und FDP reicht. Kohl verdankt die Regierungsmehrheit dem Westen, anders als 1990, wo er die Wahl im Osten gewann. Ein Minus von 12,6 Prozent für die Regierungsparteien und ein Plus von 13,6 Prozent für die Opposition hat in Ostdeutschland eine Umkehrung der Verhältnisse gebracht. 1994 liegt nur noch in Sachsen die Union vor dem Oppositionslager, 1990 führte die Opposition nur in Brandenburg.

An dem Gesamtergebnis der Bundestagswahl ist bemerkenswert:

- o 1990 betrug der Abstand zwischen CDU/CSU und SPD 10,3 Prozentpunkte, 1994 hat er sich halbiert. Die Differenz zwischen den beiden Parteien umfaßt 5,1 Prozentpunkte.
- o Im Oppositionslager links von CDU/CSU und FDP hat sich ein Wählerpotential von 10 bis 15 Prozent etabliert, das gegenwärtig nicht von der SPD integriert wird.
- o CDU/CSU und FDP brachten es 1990 gemeinsam auf 54,8 Prozent, heute sind es nur noch 48,4 Prozent. Das bedeutet einen Verlust von 6,4 Prozentpunkten für die Regierungskoalition.  
SPD und Grüne verbessern ihr gemeinsames Ergebnis dagegen um 5,2 Prozentpunkte und erreichen 43,7 gegenüber 37,3 Prozent 1990.

Schaut man sich die Wählerwanderungsanalyse von Infas mit der dieser Methode angemessenen Vorsicht an und verzichtet auf Scheinpräzisionen, dann lassen sich in Bezug auf die Austauschprozesse zwischen den Parteien folgende Tendenzen feststellen:

- o Die größten Austauschprozesse haben zwischen CDU/CSU und SPD stattgefunden. Die SPD hat von der Union knapp doppelt so viele Wählerinnen und Wähler gewonnen als sie an CDU/CSU abgegeben hat.  
Außerdem hat die SPD im Saldo erhebliche Stimmen von der FDP abgezogen. Den drittgrößten Zuwachs hat die SPD im bisherigen Nichtwählerbereich zu verzeichnen.
- o Mehr Stimmen abgegeben als gewonnen hat die SPD in Richtung Grüne und in Richtung PDS. Diese Verluste erreichen aber bei weitem nicht die Größenordnungen der SPD-Zugewinne von Union und FDP.
- o Die Union hat im Saldo vor allem Verluste an die SPD und an die Nichtwähler zu verzeichnen.
- o Die FDP hat im Saldo ungefähr gleich viel an den Nichtwählerbereich, an die Union und die SPD verloren. Sie lebt im wesentlichen von westdeutschen Leihstimmen aus der Unionsanhängerschaft. Fast zwei Drittel ihrer Wählerschaft gab an, eigentlich die Union besser zu finden. Wir haben es mit einer gegenüber früheren Zeiten deutlich konservativeren Wählerschaft der FDP zu tun.
- o Bündnis 90/Grüne haben im Saldo vor allem von der SPD dazugewonnen. Darüber hinaus haben sie bei den Erstwählern erheblich gepunktet.
- o Die Wanderungsbilanz von Infas zeigt auf, daß die PDS vor allem von SPD und CDU, aber auch in erheblichem Ausmaß von den Grünen Stimmen dazu gewonnen hat.
- o Die Wanderungsanalysen für Ostdeutschland zeigen, daß es im Vergleich zu 1990 starke Bewegungen gegeben hat. Die SPD erreichte Zuwächse aus dem Austausch mit CDU, FDP und Nichtwählern. Die Zugewinne der SPD aus dem Lager der Bonner Regierungsparteien relativieren sich dadurch, daß die SPD gleichzeitig netto deutlich an die PDS abgeben mußte. Die Zugewinne der PDS stammen aus allen politischen Lagern inklusiv der bisherigen Nichtwähler. Die massiven Wanderungsbewegungen insbesondere unter den ostdeutschen Wählern zeigen, daß es nach wie vor keine festen Bindungen gibt.

(-/1. Dezember 1994/rs/ks)

\*\*\*\*\*